Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 19 (1939-1940)
Heft: 2

Artikel: Sinn und Aufgabe der Opposition in der Bundesversammlung
Autor: Oprecht, Hans
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-333802

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

ROTE REVUE
SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

19. JAHRGANG -- OKTOBER 1939 -- HEFT 2

Sinn und Aufgabe der Opposition in der Bundesversammlung

Von Dr. Hans Oprecht.

Die Ende Oktober stattfinden sollenden Erneuerungswahlen des Nationalrates sind ebenfalls der seit einigen Jahren immer rascher eintretenden »Umwertung aller Werte« unterworfen. Es kann niemand mit Bestimmtheit sagen, daß die Wahlen durchgeführt werden können. Und wenn doch: die Umstände, unter denen die Wahlen stattfinden werden, sind derart außergewöhnlich, daß ein Vergleich mit den Erneuerungswahlen des Nationalrates vom Jahre 1914 sich aufdrängt. In der Tat: auch damals standen unsere Soldaten an der Grenze, Deutschland und Frankreich führten miteinander Krieg, wobei Italien anfänglich sich neutral verhielt. Heute ist die Lage im gegenwärtigen Moment so: Im Westen Frankreich und England im Krieg gegen Deutschland, im Süden Italien, das, obwohl mit dem Dritten Reich verbündet, sich vorderhand noch neutral stellt. Und doch ist die Lage gegenüber 1914 wesentlich verschieden. Damals hatte Deutschland mit Kriegsbeginn, die belgische Neutralität verletzend, in wenigen Wochen Frankreich bis nahe der Tore von Paris besetzt. Erst an der Marne gelang es den Franzosen, den entscheidenden Widerstand zu leisten, während in derselben Zeit im Osten die Russen in Deutschland und Österreich eingefallen waren und dadurch, zugegeben mit großen russischen Verlusten und klaren Niederlagen, die deutsche Kriegsführung zwangen, nach zwei Fronten hin zu kämpfen. Italien wartete bis zum Jahre 1915, um dann für die Westmächte sich zu entscheiden und damit den Dreibund zu zerbrechen.

Heute hat Deutschland in wenigen Wochen Polen erobert, mit Rußland sich verständigt, unter großen politischen Opfern allerdings, indem es freiwillig der Sowjetunion einen wesentlichen Teil der Weichselrepublik wieder abtrat, im Osten den Rücken sich freigemacht und kann nun im Westen sozusagen ungehindert die vollen militärischen Kräfte entfalten. Dabei ist die französische Front durch die Maginotlinie derart stark, daß ein deutscher Durchbruch auch mit den gewaltigsten Anstrengungen und den ungeheuerlichsten Opfern kaum möglich sein dürfte. Der Druck wird damit deutscherseits auf die

neutralen Mächte, auf Holland, Belgien, auf die Schweiz und auch auf das dem Dritten Reich befreundete Italien um so größer werden. 1914 war die Gefahr für die neutralen Länder anfangs des Krieges am größten. Belgien ist dabei das Opfer geworden. Jetzt wird die Gefahr, je länger der Krieg dauert, für die neutralen Länder um so drohender. Vielleicht bringen die nächsten Wochen schon Überraschungen, besonders hinsichtlich der Haltung Italiens.

So kann die Frage gestellt werden, ob es überhaupt möglich sein werde, angesichts der außenpolitisch zusehends größer werdenden Gefahren, die Nationalratswahlen durchzuführen, ganz abgesehen von den technisch-organisatorischen Schwierigkeiten, die dabei zu überwinden sein dürften. Es ist politisch von Interesse, festzustellen, wie die im Bund herrschenden Parteien diese Frage vor wenigen Monaten beantwortet haben und wie sie zur Zeit sich dazu stellen. Im letzten Frühjahr, also vor der allgemeinen Mobilmachung unserer Armee, haben Freisinnige und Liberale in der »Neuen Zürcher Zeitung«, in der »Gazette de Lausanne« und im »Journal de Genève« für die Verschiebung der Nationalratswahlen plädiert mit der Begründung, die Gefahren der Zeit würden solch eine Verschiebung nahelegen. Unserseits und auch seitens der Jungbauern wurde empfohlen, die Wahlen trotzdem durchzuführen. Die Demokratie müsse auch in schwerer Zeit funktionieren und sich bewähren. Seit dem 1. September, das heißt seit der allgemeinen Mobilmachung der Armee, ist die Stellungnahme der Parteien gerade umgekehrt geworden. Die Rechte, die Freisinnigen und die Katholischkonservativen sind für die Abhaltung der Nationalratswahlen, obwohl die Lage seit letztem Frühjahr gefahrdrohender geworden ist und die technisch-organisatorischen Schwierigkeiten der Wahl wegen der Mobilisierung der Armee beinahe unüberwindlich zu sein scheinen. Die Linke vertritt deswegen gegenwärtig eher den Standpunkt der Verschiebung der Nationalratswahlen.

Woher kommt dieser Wandel? Vor der allgemeinen Mobilmachung fehlte der Rechten die politische Plattform für die Durchführung des Wahlkampfes. Sie war in großer Verlegenheit. Sie hatte geradezu Angst vor den Wahlen, während die Linke seit den letzten Wahlen in den vergangenen vier Jahren im Rahmen der Richtlinienbewegung systematisch eine politische Plattform für den Kampf um die politische Macht in den Nationalratswahlen 1939 sich geschaffen hatte. Das Manifest der Sozialdemokratischen Partei, das am 1. August an allen Plakatsäulen angeschlagen war und das die Frage stellte »Was braucht die Eidgenossenschaft in dieser schweren Zeit?« sollte die Basis ihres Wahlkampfes bilden. Seit dem 1. September, das heißt seit der allgemeinen Mobilmachung, haben alle politischen Grundlagen sich verschoben. Der Bundesrat besitzt allgemeine Vollmachten.

Die Rechte, das heißt die im Bund herrschenden Parteien, baut auf diese Vollmachten. Sie rechnen zu ihren eigenen Gunsten mit der Welle des allgemeinen Patriotismus, die das Land als Folge der äußern großen Gefahr derzeit überflutet. Die Rechte stellt dabei zugleich die Vertrauensfrage für die von ihr im Bund gestellte Regierung. Die »Basler

Nachrichten« geben das offen zu. Sie schreiben am 23./24. September 1939:

»Zufolge der außerordentlichen Vollmachten ist nun aber sowohl die Stellung des Parlaments wie des Bundesrates eine vollkommen andere geworden — nachdem allerdings bereits die Krisenzeit schon die Macht des einen zuungunsten des andern nicht unwesentlich verändert hatte: während die gesetzgebende Behörde sich mit einer bescheidenen Kontrolle an der Regierungstätigkeit beteiligen wird, ist die Wegweisung gegenüber den rasch wechselnden Anforderungen des Tages vollkommen auf den Bundesrat übergegangen. Wenn daher der Stimmberechtigte am 29. Oktober seinen Wahlzettel ausfüllt, der auf der Beurteilung der politischen Leistung der letzten vier Jahre einerseits, auf den Erwartungen und Wünschen für die Zukunft anderseits basiert, so wird dieser Wahlzettel mehr als in gewöhnlichen Zeiten zugleich zum Vertrauens- oder Mißtrauensvotum gegenüber der Regierung selbst, und zwar um so mehr, als der in der Kriegszeit mögliche Kurs sich in einem weitgehend vorgezeichneten Rahmen hält und nur die persönliche Tüchtigkeit Modifikationen zu unsern Gunsten, resp. Ungunsten herauszuholen vermag.«

Die Linke dagegen muß der außenpolitischen Gefahr Rechnung tragen. Sie kann ihre oppositionelle Stellung nicht derart einsetzen, wie es nötig wäre. Sie kann nur noch die ungehinderte Durchführung der Wahlen verlangen und muß ihre durch die Mobilmachung der Armee zerstreuten Kräfte sammeln. Daraus ergibt sich ein außerordentlich kompliziertes Bild der Lage vor den Nationalratswahlen. Bundesrat, Freisinnig-Demokratische Partei und die Katholischkonservative Volkspartei sind für die Durchführung von »disziplinierten« Wahlen. Unser Verlangen auf Freiheit im Wahlkampf wird von ihnen als »unbezähmbarer Agitationsdrang« empfunden. So schreibt das katholischkonservative »Vaterland« zur Eingabe der Richtlinienparteien an den Bundesrat für die ungehinderte Durchführung der Parlamentswahlen:

»Es wird mit dieser Eingabe von den politischen Linksgruppen gerade das gefordert, auf was die bürgerlichen Parteien in selbstverständlicher Unterordnung unter die höheren Gebote der Landesverteidigung, des Aktivdienstes, verzichten, nämlich auf die Hineintragung der vollen parteilichen Agitation und damit der parteimäßigen Ausscheidung in die militärischen Einheiten. Die Eingabe der Richtliniengruppen ist eines der schon bisher vorhandenen Zeugnisse, daß die oppositionelle Linke sich bereits kräftig anschickt, die politischen Unzufriedenheiten und Schwierigkeiten einer außerordentlichen und für das Land sehr ernsten Lage parteipolitisch auszubeuten.«

Offenbar hofften die im Bund herrschenden Parteien auf »Khakiwahlen«. Im Taumel der patriotischen Begeisterung sollte die Opposition in den Nationalratswahlen sozusagen untergehen wie 1919 in England nach der Demobilisierung der Armee. Es wird aber Ende Oktober bei uns nicht zu solchen Wahlen kommen. Die Lage ist in den Kantonen gegenwärtig in Abklärung begriffen. Zum Teil ist von bürgerlicher Seite, zum Teil von unserer Seite die Durchführung von stillen Wahlen angeregt worden. Das Gesetz sieht solche vor für den Fall, daß die Parteien sich verständigen können. Es sind in einer Reihe

von Kantonen stille Wahlen zu erwarten. In einer Reihe von andern Kantonen werden Wahlkämpfe auf jeden Fall stattfinden. Stille Wahlen kommen vor allem dort nicht in Betracht, wo Frontisten und Kommunisten noch im Nationalrat vertreten sind. In den beiden Kantonen Basel und Zürich wird es deswegen zum Wahlkampf kommen müssen. Die Kommunisten wie die Front werden im bevorstehenden Wahlkampf als politische Parteien verschwinden. Beide politischen Gruppierungen haben in der Schweiz angesichts der internationalen Entwicklung keine Existenzberechtigung mehr.

Diese Haltung unserseits will nun nicht sagen, daß wir Schweizer Sozialisten den außenpolitischen Ereignissen gegenüber uns »neutralisieren« wollen, wie gewisse Bürgerliche das gerne möchten. Wir müssen als Sozialisten die Tradition durchhalten, die die schweizerische Politik bisher kennzeichnete. Wir müssen gerade heute für die Volksrechte, für die Freiheit des Bürgers, für die Menschlichkeit uns einsetzen. So sehr Zurückhaltung in der Beurteilung der internationalen Politik dem neutralen Schweizer auferlegt ist, so sehr müssen wir als freie Schweizer jede Neutralisierung der Gesinnung ablehnen. Jeder Schweizer weiß, wo er gesinnungsmäßig als Demokrat steht. Hier hat die Politik unserer Partei und die der oppositionellen Gruppen in der Bundespolitik einzusetzen. Hierin erwächst der sozialdemokratischen Opposition die große Aufgabe. Die Sozialdemokratische Partei hat durch ihre Fraktion im Nationalrat in der kurzen Septembersession das gefordert, was die »Arglist der Zeit« zur Zeit vom Staat verlangt: Hilfe und Solidarität für den Wehrmann und seine Familie, Aufrechterhaltung der Sozialpolitik und des Arbeiterschutzes, Opfer des Besitzes. Die Rolle der Opposition ist schwer, aber groß und verantwortungsvoll.

Die Frage der Beteiligung an der Bundesregierung ist für die Sozialdemokratie gegenwärtig zur Nebenfrage geworden. Wichtiger und bedeutungsvoller ist die Kontrolle, die die Opposition über die Politik der herrschenden Parteien heute auszuüben hat. Entscheidend für die Opposition in der Bundespolitik ist die Verteidigung der Interessen der werktätigen Volksschichten und die Verteidigung der Grundlagen des demokratischen Volksstaates im Zeitalter der totalitären Staatsideologien: Garantie des Asylrechts, der Preß- und Meinungsfreiheit und Sicherung der wirtschaftlichen und sozialen Existenz des Bürgers.

Die Rolle des Sozialismus in dieser schweren Zeit ist klar und eindeutig bestimmt: es gilt, den Ideengehalt seiner Weltanschauung zu hüten und ihn für eine bessere Zeit zu bewahren. Die Erkenntnis, daß die Neuordnung der Wirtschaft und Gesellschaft unumgänglich geworden ist, war noch nie so allgemein verbreitet wie heute. Gerechtigkeit muß die Grundlage einer jeden wirtschaftlichen und politischen Ordnung werden, Wohlfahrt für die breiten Massen des Volkes und Freiheit für alle Menschen Sinn und Zweck aller Staatspolitik sein. Zu Recht sagt Jean-Jacques Rousseau: »Auf seine Freiheiten verzichten, heißt auf seine Menschenwürde, Menschenrechte, selbst auf seine Pflichten verzichten.«